

POSTULAT von Sibylle Marti (SP, Zürich), Angie Romero (FDP, Zürich), Andrea Gisler (GLP, Gossau), Silvia Rigoni (Grüne, Zürich), Yvonne Bürgin Die Mitte, Rüti), Barbara Günthard (EVP, Winterthur) und Judith Stofer (AL, Zürich)

betreffend Prävention im Bereich sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen in Schulen

Der Regierungsrat wird gebeten, die geeigneten Massnahmen zu ergreifen, um die Prävention im Bereich sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen durch die Verankerung von Schutzkonzepten in Schulen und Einrichtungen der schulischen Betreuung zu stärken.

Sibylle Marti
Angie Romero
Andrea Gisler
Silvia Rigoni
Yvonne Bürgin
Barbara Günthard
Judith Stofer

Begründung:

Sexuelle Übergriffe auf Kinder und Jugendliche stellen schwere Gewaltdelikte dar, deren Melde- und Aufklärungsquote äusserst tief ist. Dies liegt in erster Linie darin begründet, dass sexuelle Ausbeutung immer mit einem Macht- und Abhängigkeitsverhältnis und damit auch mit Schuld, Scham und Schweigen einhergeht. Täterinnen und Täter gehen strategisch und manipulativ vor: Sie suchen sich ihre Opfer gezielt aus und erschleichen sich über einen langen Zeitraum stufenweise ihr Vertrauen. Tatpersonen kommen oftmals aus der Familie, der Nachbarschaft oder sind Teil von Freizeitvereinen oder dem schulischen Umfeld der Kinder.

Da Kinder und Jugendliche die Manipulationsstrategien der Tatpersonen nicht durchschauen können, ist es ihnen nicht möglich, sich alleine vor sexuellen Übergriffen zu schützen. Präventionsmassnahmen dürfen deshalb nicht in erster Linie bei den potentiellen Opfern ansetzen, sondern müssen die Erwachsenen, die aufgrund der mächtigeren Position für die Beziehungsgestaltung verantwortlich sind, in die Pflicht nehmen. Um Präventionsarbeit umfassend greifen zu lassen, braucht es eine institutionelle Verankerung von schützenden Strukturen und Prozessen. Aus kantonaler Sicht steht in diesem Zusammenhang die Etablierung von Strukturen in Schulen und Einrichtungen der schulischen Betreuung im Vordergrund. Im Kanton Zürich besteht diesbezüglich bei diversen Schulen Handlungsbedarf. Aktuell verfügen nur wenige Schulen über umfassende Schutzkonzepte.

Um sexuelle Übergriffe im schulischen Alltag zu erschweren oder frühzeitig zu stoppen und gleichzeitig Kindern, die im schulischen oder privaten Umfeld Opfer von Grenzverletzungen oder sexualisierter Gewalt werden, Unterstützung zu bieten, ist eine Erarbeitung von ganzheitlichen Schutzkonzepten notwendig, die folgende Punkte beinhalten: ein Risikomanagement, das Qualitätsstandards für Risikosituationen im schulischen Alltag festlegt; ein Wissensmanagement, das den Lehrkörper und die Eltern für das Thema sexueller Ausbeutung sensibilisiert; ein Meldemanagement, das klärt, wo sich Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrpersonen bei Grenzverletzungen und Verdachtsmomenten melden und sicher sein können, dass ihre Meldung oder Beschwerde auch bearbeitet wird; ein Beteiligungsmanagement, das Kinder und Jugendliche in Abwehrstrategien stärkt und ihre Selbstkompetenzen erhöht; ein Krisenmanagement, das die Abläufe und das Vorgehen in Verdachtsfällen regelt. Derartige Schutzkonzepte sollen in allen Schulen des Kantons etabliert werden.

Es existieren im Kanton Zürich bereits verschiedene Fachstellen, die sich mit dem Thema der sexuellen Gewalt an Kindern befassen, so beispielsweise die Fachstelle Limita (für den Bereich der Prävention) oder Castagna (für den Bereich der Opferberatung). Solche etablierten Fachstellen sowie weitere Organisationen mit entsprechender Expertise sollen bei der Umsetzung des Postulates miteinbezogen werden.